

## Protokoll

### **Sitzung des Ausschusses für Recht und Schutz vor Wirtschaftskriminalität**

27. April 2021, 15 bis 17 Uhr

#### **Sitzungsort:**

Virtuelle MS-Teams Sitzung – Handelskammer Hamburg

#### **Tagesordnung**

- 1. Protokoll der Sitzung vom 19. November 2020**
- 2. Justizpolitik für die Zukunft: Perspektive der Hamburgischen Richterschaft**
- 3. Novellierung des Personengesellschaftsrechts**
- 4. Bericht aus der Geschäftsführung**
- 5. Verschiedenes**

### **TOP 1: Protokoll der Sitzung vom 19. November 2020**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

### **TOP 2: Justizpolitik für die Zukunft: Perspektive der Hamburgischen Richterschaft**

Vor dem Hintergrund von Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich hat der Verein Rechtsstandort Hamburg zusammen mit dem Hamburgischen Richterverein und anderen Organisationen der Rechtspflege gegenüber dem Hamburger Senat für die Fortschreibung des Pakts für den Rechtsstaat auf Bundesebene geworben.

Aus Sicht der Hamburgischen Richterschaft sind zur Erhaltung der Qualität der Justiz vor allem die Themen Nachwuchsgewinnung, Digitalisierung sowie die berufliche Belastungssituation der Beschäftigten in der Justiz relevant. Wichtig für die Nachwuchsgewinnung ist neben einer angemessenen Besoldung auch eine moderne Ausstattung des Arbeitsplatzes. Die Hamburger Gerichte sind zum Teil noch sehr bescheiden ausgestattet. In puncto Digitalisierung sind insbesondere die Einführung der elektronischen Akte sowie die Einführung von Videokonferenztechnik von Bedeutung. Die Justiz muss aufgrund gesetzlicher Vorgaben bis zum Jahr 2026 die elektronische Akte einführen. Seit September 2020 laufen am Landgericht Hamburg bei mehreren Kammern bereits entsprechende Pilotprojekte. Seit Beginn der Corona-Pandemie werden im Zivilrecht Termine vermehrt als Video-Verhandlungen durchgeführt. Ziel ist es, alle Sitzungssäle der Gerichte mit Video-Konferenztechnik auszustatten. Sehr problematisch ist die Belastungssituation der Justiz, die noch weiter zugenommen hat. Die Zahl komplizierter und aufwändiger Verfahren hat deutlich zugenommen, etwa im privaten Baurecht. Bei den Verwaltungsgerichten und der Strafjustiz ist mit steigenden Fallzahlen zu rechnen. Zwar hat Hamburg aufgrund des Paktes für den Rechtsstaat mehr neue Stellen in der Justiz geschaffen, 50 Stellen davon fallen jedoch 2021 wieder weg. Vor diesem Hintergrund droht ein Abzug von Stellen aus der Ziviljustiz hin zur Strafjustiz mit der möglichen Folge, dass Zivilverfahren in unzumutbarer Weise in die Länge gezogen werden.

In der weiteren Diskussion geht es u. a. um die folgende Punkte:

- die große Bedeutung einer zügig und gut arbeitenden Justiz für den Wirtschaftsstandort Hamburg
- die zielgenaue Steuerung des Berufseinstiegs von Nachwuchsrichtern
- den Stand der Hamburger Initiative für die Einführung von Englisch als Verfahrenssprache bei den Gerichten

### **TOP 3: Novellierung des Personengesellschaftsrechts**

Die Bundesregierung beabsichtigt, das Gesetz über die Novellierung des Personengesellschaftsrechts in der aktuellen Legislaturperiode zu verabschieden. Damit sind grundlegende Neuerungen für Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbRs) sowie Personenhandelsgesellschaften verbunden. Der DIHK hat grundsätzliche Zweifel an der Notwendigkeit des Gesetzes geäußert. Sehr wahrscheinlich wird das Gesetz am 01.01.2023 in Kraft treten. Das Gesetz wird zwischen der rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen GbR unterschieden, dabei wird das Modell der Gesamthand aufgegeben. Es soll ein neues Register für eingetragene GbRs geschaffen werden. Die GbR kann sich dann einen vom Verwaltungssitz abweichenden Vertragssitz geben, entsprechendes gilt dann über Verweisungsnormen auch für die OHG und die

KG. Zu erwarten sind auch Neuregelungen in Bezug auf Gewinn- und Verlustverteilung, die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis, die zukünftig allen Gesellschaftern zustehen soll, sowie die Erlangung der Rechtsfähigkeit der Außen-GbR mit Teilnahme am Rechtsverkehr.

In der weiteren Diskussion geht es u. a. um die künftige Bedeutung der GbR, dies insbesondere vor dem Hintergrund der mit dem Gesetz zu erwartenden steigenden Gründungskosten.

#### **TOP 4: Bericht aus der Geschäftsführung der Handelskammer**

Die interne Neuaufstellung der Handelskammer folgt dem Kammer-Projekt „Hamburg 2040“. Die bisherigen zehn Geschäftsbereiche werden auf fünf Bereiche zusammengeführt. Der bisherige Geschäftsbereich Recht wird mit dem bisherigen Geschäftsbereich Zentrale Aufgaben zusammengelegt zu einem neuen Geschäftsbereich „Transformation und Recht“.

Mit der von der Bundesregierung initiierten Novellierung des IHK-Gesetzes wird eine Klarstellung des Kompetenzbereichs der IHKs angestrebt, vor allem im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts. Der DIHK soll in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt werden, in der alle IHKs gesetzliche Mitglieder werden sollen.

#### **TOP 5: Verschiedenes**

Die nächsten Sitzungstermine sind für den 18. Oktober 2021 und den 7. Dezember 2021 geplant.